

Amer Tageblatt

Anzeiger für das Erzgebirge

Angabe: Durch unsern Boten
für das Erzgebirge wird
jede Woche einmal ein
Anzeiger für das Erzgebirge
ausgegeben. — Preis: 10 Pf.
Fernsprechkarte Nr. 26.
Telegraphenamt, Erzgebirge.

Angabe: Durch unsern Boten
für das Erzgebirge wird
jede Woche einmal ein
Anzeiger für das Erzgebirge
ausgegeben. — Preis: 10 Pf.
Fernsprechkarte Nr. 26.
Telegraphenamt, Erzgebirge.

Inhaltend die amtlichen Bekanntmachungen des Rates der Stadt und des Amtsgerichts Aus. Postfach-Nr. 100. Amt Leipzig Nr. 1908

Nr. 258

Sonnabend, den 4. November 1922

17. Jahrgang

In letzter Stunde.

Worum es am 5. November geht.

Von Dr. Peter Schönbach, Finanzminister a. D.

Nach unserer neuen Verfassung geht die Staatsgewalt vom Volke aus. Das bedeutet nicht nur, daß beim Volke die höchste Entscheidung über die Geschicke des Landes liegt, sondern auch, daß das Volk letzten Endes verantwortlich für die Regierung des Landes ist.

Am 5. November hat das deutsche Volk zu beweisen, ob es sich dieser Verantwortung bewußt ist; ob es nur zur Wahl geht, um auf Grund der Parteizugehörigkeit des Einzelnen über aus irgendeiner, vielleicht augenblicklichen Verärgerung heraus seine Stimme für eine bestimmte Liste abzugeben, oder ob es wirklich ein für die demokratische Verfassung dieses Staatsvolks ist, das große politische Gesichtspunkte in den Vordergrund stellt.

Und bei dem Wahlen am 5. November kann es nur eine große Gesichtspunkte geben: das ist der, daß Sachen an Stelle einer Klassenregierung, die die Kluft zwischen den einzelnen Volksschichten immer mehr vertieft, eine Regierung erhält, die sich nicht einseitig nur auf eine Volksklasse stützt, und von ihnen oder reichlich — das wird sich bei den Wahlen erweisen — der Hälfte der Bevölkerung abgelehnt wird, sondern eine Regierung, die nach dem Geist der Verfassung wirklich das Vertrauen der Mehrheit der Volksgenossen besitzt und getragen wird von dem einheitlichen Willen aller Bürger und Bürgerinnen, die sich zum neuen Staatsgedanken bekennen.

Gerade in den Zeiten der Erregung und der wirtschaftlichen Not ist es eine Staatsnotwendigkeit, daß ein zuverlässiger Block der Verfassungstreuen geschaffen wird, der gegen allen Stabilismus von rechts und links den Staat vor Erschütterungen schützt und seiner Leitung Vertrauen, Festigkeit und — was sicher nicht das Unwichtigste ist — Ertüchtigung verleiht.

Bei den letzten Wahlen hat dieser große Gedanke die Wählermassen nicht geleitet: vor allem im bürgerlichen Lager hat man sich von der Politik der Mitte abgewandt und durch die Stärkung der Rechtsparteien bewirkt, daß trotz einer erheblichen Schwächung der Sozialisten der bürgerliche Einfluß in der Regierung völlig ausgeschaltet wurde. Die Abkehr der Wähler von der bürgerlichen Mitte verschaffte dem linken Flügel der Reichspostpartei, der sogenannten Chemnitzer Richtung, Oberwasser; so kam es zu der Bildung der sozialistischen Klassenregierung, die sich lieber mit den staatsfeindlichen Kommunisten verbündete, die offen als ihr Ziel den Sturz der Verfassung proklamieren, als den Anschlag an das auf dem Boden der Verfassung ruhende Bürgerrecht zu finden. Und damit benannten jene unglücklichen zwei Jahre der sogenannten Arbeiterregierung, die durch ihre ewige Rücksichtnahme auf die Kommunisten unfähig zu sozialer Arbeit war und dadurch auch den Bestand in der Erfüllung seiner Aufgaben so gut wie lähmte. Der Parlamentarismus wurde auf das schwerste beeinträchtigt, da immer wieder die Parteinteressen der Einkommensmehrheit der Regierungsparteien in den Vordergrund gerückt wurden. Von dem Stimmungen der Kommunisten hing die Ministerverantwortlichkeit der Herren Brüder und Brüder ab, und da man die Ministerwechsel nicht räumen wollte, mußte man nach der Weise der Kommunisten tanzen.

Dieser unwürdige Zustand darf nicht länger andauern, wenn der Staat und die Staatsidee nicht schweren Schäden leiden sollen. Doch ist unsere Verfassung jung und hat bei einem Teil der Bevölkerung schwere innere Widerstände zu überwinden, deshalb haben gerade diejenigen, die den Glauben an den neuen Staat im Herzen tragen und im Willen haben, ihm ein festes Fundament zu verschaffen, mehr als je die Pflicht, dafür zu sorgen, daß Verfassung und Parlament nicht zu einem Herrsche werden, das mit Recht Spott und Verachtung aller verdient. Unsere Aufgabe ist jetzt, die Demokratie vor dem Sozialismus zu schützen, und mit derselben Energie und Beharrlichkeit, wie wir im alten Staat gegen die politische Entrechtung der Arbeiterklasse eingetreten sind, müssen wir jetzt die nicht sozialistische Kräfte gegen den Machtanflug der selbstherrlichen Vertreter des Proletariats schützen.

Nicht dem Sozialismus als solcher gilt unser Kampf; denn wir, die wir uns wahrhaftig zur Staatsidee bekennen, wissen viel zu gut, wieviel schweren Schäden es für den Staat bedeuten würde, wenn der größte Teil der Arbeiterklasse wieder in die verabschiedete Opposition gedrängt würde, die das politische Leben im ganzen Deutschland so vergiftet. Nein, unser Kampf geht gegen die Klassenregierung mit allen ihren schädlichen Folgen und nur wenn es am 5. November gelingt, diese Klassenregierung zu stürzen, kann für unser Land die Bahn frei gemacht werden zur Erreichung des höchsten und letzten Zieles der Demokratie: das ganze Volk zu einem im Bekenntnis zum Staat und es zusammenschließen zum gemeinsamen und von gegenseitigem Verständnis getragenen Willen zur Arbeit.

Wer das will, der gebe am 5. November seine Stimme ab gegen die Klassenregierung der Herren von Alpinski, der wolle deutsch-demokratisch sein.

Die Reichsposttariferhöhungen vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat nahm gestern eine Vorlage betr. eine neue Erhöhung der Post-, Fernsprech- und Telegrammgebühren an. Der Reichsrat hat beschlossen, daß trotz aller Erhöhungen der Gebühren die Postverwaltung sich gegenwärtig wieder einem Defizit von 80 Millionen Mark infolge der Erhöhung der Gebühren und Steigerung der Ausgaben gegenübersehen wird. Es ist zu hoffen, daß bei der Erhöhung der Steuern die Postverwaltung zum Selbstkosten kommen kann und ein

Vermindeung der Personalausgaben, die drei Viertel aller Ausgaben darstellen, und durch eine Vereinfachung der Verwaltung, müsse der Post diese Erhöhung noch zugunsten werden. Die Ausschüsse haben die Vorlage unverändert angenommen. Diese soll eine Wiedereinnahme von 41 Milliarden ermöglichen, für den Rest des Rechnungsjahres 18 Milliarden, so daß noch immer ein Defizit von rund 60 Milliarden verbleibt. Die Erhöhungen seien im wesentlichen auf dem Prinzip der Verdoppelung der Gebühren aufgebaut, jedoch der Brief im Fernverkehr 12 Mark, die Postkarte 8 Mark kosten soll, usw. Bei den Zeitungsgeldern sei von einer Erhöhung abgesehen. Über die Post wolle sich dadurch schablos halten, daß das Zeitungsgeld wieder eingeführt werden soll. Die Fernsprechgelder werden verdoppelt. Für Telegramme soll das gemischte System einer Grundgebühr von 20 Mark und einer Wortgebühr von 10 Mark eingeführt werden.

Die Erhöhung der Gebühren soll am 15. November in Kraft treten, die Wiedereinführung des Zeitungsgeldes erst später. Reichspostminister Diesbach wies darauf hin, daß die Beschlässe wegen der Erhöhung der Beamtengehälter natürlich wieder katastrophal auf die Betriebsverhältnisse wirkten. Die Sache werde so kommen, daß für das laufende Jahr ein Defizit von 50 Milliarden und für das nächste Jahr ein solches von 120 bis 150 Milliarden zu tragen sein werde. Errechnen lasse sich heute freilich überhaupt nichts mehr. Man wisse nicht, welche Wirkungen solche Tarife auf den Verkehr hätten. Der Briefverkehr gebe in enormer Weise zu. Der Minister ersuchte dann die Vertreter der einzelnen Länder, schon jetzt ihre Forderungen auf ganz wesentliche weitere Erhöhungen vorzubereiten. Bedauerlich sei freilich, daß diese Erhöhungen zum Zusammenbruch großer Organisationen, besonders der sozialen und Wohltätigkeitsvereinigungen, führen müßten. Ebenso würden Kulturinteressen und Menschenrechte betroffen, die ohnehin schon einem schweren Kampf ums Dasein lären. Man werde sich darum die Frage überlegen müssen, ob künftig die Forderung der rein wirtschaftlichen Bilanzierung des Staats ausreicht zu erhalten sei oder nicht.

Die französische Sprachpolitik am Rhein.

Selbst über die Methoden der französischen penetrationspolitiques auch nur einigermaßen verständig ist, wird bis zu einem gewissen Grade darüber erstaunt sein, daß die Franzosen dieselben Mittel, durch die sie in Kleinasien, Afrika und anderen französischen Einflußgebieten kolonisieren, auch im deutschen Rheinland anwenden. Man sollte meinen, die Franzosen müßten sich selbst darüber klar sein, daß es unmöglich ist, eine hochzivilisierte weiße Bevölkerung in ähnlicher Weise zu kolonisieren wie dies im Orient geschieht. Aber die militärischen Machtmittel, über die Frankreich verfügt, sind so außerordentlich groß, daß es auch im Rheinland das Unmögliche möglich machen zu können glaubt und deshalb bei der Ausbreitung des französischen Einflusses im Rheinlande mit einer bemerkenswerten Skrupellosigkeit vorgeht.

Das Hauptziel der Franzosen am Rhein ist die Einbürgerung der französischen Sprache und zwar verfolgen die Franzosen genau dieselben Ziele wie im Saargebiet und im Elz: das Französische soll eine Monopolstellung erhalten, soll Staatsprache sein; ein wesentliches Mittel zur Erreichung dieses Zieles sind die freiwilligen französischen Sprachkurse. Hat das Rheinland abkommen den Franzosen die Möglichkeit genommen, den französischen Sprachunterricht als Pflichtfach mit in die Schule hineinzuschmuggeln, aber die freiwilligen Sprachkurse bieten einen Ersatz dafür. In riesenhafter Keilmasse werden die Rheinländer durch amtliche Bekanntmachung der französischen Militärbehörden zur Teilnahme an diesen Kursen aufgefordert. Die deutschen Gemeindebehörden müssen die Räume stellen und meist auch die Anmeldungen entgegennehmen. Die Teilnahme ist unentgeltlich, die Beiträge werden von den Franzosen gestellt, die Methoden des Unterrichts sind ganz die der französischen Tradition; es wird nur die französische Sprache benutzt, sprachliche Preisverteilungsfeste werden abgehalten und in großen Ansprachen wird auf die angebliche Stammesgemeinschaft der Rheinländer und der Franzosen usw. hingewiesen. Charakteristisch für den Geist des Unterrichts ist die Tatsache, daß überaus häufig französische Redensarten mit bestimmter Lebnis behandelt werden. Auch werden in französischen Pressstimmen gerade die freiwilligen Sprachkurse als ein wesentliches Mittel der Französisierung des Rheinlandes bezeichnet. In einem charakteristischen Artikel des Grafen Jean de Wangen über die französische Rheinpolitik in der Halbmonatschrift „Correspondant“, abgedruckt im „Echo du Rhin“ vom 4. November 1921, werden diese Kurse eingehend behandelt. Vor allem wird auf die Erfolge in Trier hingewiesen und aus ihnen weitgehendes Schluß auf die Stimmung im Rheinland gezogen. Der Verfasser schreibt u. a.: „An der Rhein, in unmittelbarer Nähe von Frankreich, macht das öffentliche Vortragen von unheimlichen Hoffnungen den jungen Franzosen bekannt durch die Einwohner hat er dort auch diese eingerichtet zum Erlernen der französischen Sprache. Die Unterhaltung

von etwa 50 Jahren hat er Abendkurs eröffnet, die zweimal in der Woche zwei Stunden Sitzungen abhielten. 2000 Teilnehmer sind eingeschrieben. Diese Ausführungen lassen den wahren Jued der französischen Sprachkurse erkennen. Die rheinische Bevölkerung, die anfänglich in ihrem natürlichen Bildungsdrang die Kurse lebhaft besuchte, wurde infolge des in den Kursen herrschenden Geistes bald mickraisch und zog sich mehr und mehr zurück. Die Franzosen geben trotzdem ihr Spiel noch immer nicht auf, sondern fahren fort, einen moralischen Druck in den verschiedensten Richtungen auf Behörden und Privatpersonen auszuüben. Sie werden insbesondere nicht müde, dies auf die angeblich immer enger werdenden wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Frankreich und dem Rheinland und die daran gegründete Notwendigkeit eines kulturellen Zusammenhanges wieder zu gründen. Außerdem gibt es noch einen wesentlichen Grund, der die Franzosen zur Beibehaltung der Kurse veranlaßt: sie sind ein vorzügliches Mittel zur Auffindung und Werbung französischer Spione. Jedermann im Rheinland weiß, welches Heer von Spionen die Franzosen bereit halten für einen kommenden separatistischen Aufstand. Diese Kurse, besonders die sich aus ihnen bildenden vertraulichen Zirkel sind ein vorzügliches Mittel, die räudrigen Seelen herauszufinden, die es überall in der Welt gibt und die sich für diesen Spionendienst vorzüglich eignen.

Die Umwandlung der Türkei.

Die Agence Havas meldet aus Konstantinopel: Das Osmanische Reich ist am 1. November 7 Uhr 30 Minuten abends unter osmanischem Befehl der großen Nationalversammlung von Angora abgelehnt worden. Die Regierung der großen Nationalversammlung ist zum Orden des Reiches proklamiert worden. Die Nationalversammlung wird ein Kalkül zu wählen haben. Der Pariser Vertreter der Regierung von Angora hat der französischen Regierung mitgeteilt, daß die Regierung von Angora alle Bestände, kontraktlichen Abmachungen usw., die seit dem 16. März 1922 durch die Verwaltung von Konstantinopel abgeschlossen worden, als null und nichtig betrachtet. Das gleiche gilt für die Verpflichtungen, die von dieser Verwaltung Finanzunternehmungen gemacht wurden sind.

Die Nationalversammlung von Angora hat am 1. November einstimmig folgendes Gesetz erlassen: Seit dem 16. März 1920 und für alle Zeiten ruht die Regierung der Nation in den Händen der Nationalversammlung. Keine andere Regierungsform wird anerkannt. Das Volk wird keine persönliche Herrschaft von der Art der Konstantinopeler anerkennen. Das Kalifat bleibt beim osmanischen Hause, aber die Nationalversammlung wird den Prinzen bestimmen, dessen Charakter und moralische Vorgänge dieser Stellung würdig sind.

Ausweisung aller Christen aus Kleinasien?

Was Konstantinopel wird gemeldet: Das amerikanische Hilfskomitee im nahen Osten hat aus Angora die telegraphische Mitteilung erhalten, daß die Nationalversammlung beschlossen habe, alle eingeborenen Christen aus Kleinasien auszuweisen. Die Amerikaner schätzen, daß mehr als eine halbe Million Menschen von dieser Maßnahme betroffen würden.

Im „Echo National“ wird betont, daß der Triumph der Kemalisten den Ruin der französischen Interessen im Orient bedeuten würde.

Revolution in Albanien.

Nach einer Meldung aus London soll in Albanien eine Revolution ausgebrochen sein. Die Regierungstruppen seien von den Revolutionären angegriffen worden. Die albanische Regierung sei in der Befürchtung, gefangen genommen zu werden, nach Salona geflüchtet.

Kleine politische Meldungen.

Die deutschen Vorschläge noch nicht fertiggestellt. Die Vertreter der deutschen Regierung und die Reparationskommission waren, wie berichtet, übereingekommen, daß nach dem Abschluß der Generaldiskussion gestern nachmittag formulierte Vorschläge der Reichsregierung betreffend die Stabilisierung der Mark, das Gleichgewicht im Budget und die Regulierung der schwedischen Schulden überreicht werden sollten. Heute vormittag fand unter dem Vorsitz des Reichskanzlers eine Besprechung der Vertreter der zuständigen Ressorts statt. Dabei ergab sich die Notwendigkeit, die deutschen Vorschläge noch einmal einer Beratung im Reichskabinett zu unterziehen, ehe sie der Reparationskommission übermittelbar werden sollen.

Ein heftiges Kartellstreikverbot vom Reichspräsidenten aufgehoben. Die heftige Regierung hat im Oktober durch Verordnung die Ausfuhr von Kartellen für ihr Land bis zum 4. November 1922 verboten. Der Reichspräsident hat gegen diese Verordnung als rechtlich unzulässig sofort Einwendungen erhoben und die heftige Regierung zunächst um Aufhebung gebeten. Die heftige Regierung ist dieser Bitte unter Hinweis auf das Verbot Bayerns nicht nachgegeben. Darauf hat der Reichspräsident am Donnerstag auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung das Kartellverbot der Verordnung beigefügt.

iste
igel.
Fahne
Rechte
iensten
Energie
haltung
!
el.
tratie?
die liberal
hre Beute
kosten der
sicht,
den damit
berragend
bler und
rgenberg.
ue.
mer Ball.

ste
igel.